

# Fragen an eine künftige Bundesregierung

Stand 08. 09. 2008

***Einer neuen IMAS-Umfrage zufolge leiden 74 Prozent der Bevölkerung unter materiellen Einbußen. 41 Prozent sind der Ansicht, dass die Regierung große Möglichkeiten besitzt, den Preisanstieg zu stoppen. Wie wollen Sie darauf reagieren?***

**SPÖ:** Die Teuerung belastet die Menschen in Österreich sehr stark. Die Menschen wollen, dass die Politik reagiert, deshalb haben wir ein 5-Punkte Programm vorgelegt, das wir gemeinsam mit den anderen Parteien noch im September beschließen wollen. Unser Koalitionspartner ÖVP hat Sofortmaßnahmen bisher nicht zugestimmt, deshalb werden wir in einer Sondersitzung des Nationalrats noch im September diese fünf Punkte zur Abstimmung bringen.

Erstens: die Erhöhung des Pflegegeldes und Verbesserung der 24-Stunden-Pflege, dazu konnten wir im Ministerrat eine grundsätzliche Einigung finden und Wilhelm Molterer hat mir die Zustimmung bei unserem letzten Gipfelgespräch signalisiert. Ich bin gespannt, ob die ÖVP bereit ist, hier mit uns Nägel mit Köpfen zu machen.

Zweitens: eine höhere Familienbeihilfe auch für Familien mit Kindern unter 6 Jahren, da diese Jungfamilien ganz besonders unter Druck stehen.

Drittens: die Halbierung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, davon profitieren rund 3,5 Millionen Haushalte mit einer jährlichen Entlastung von 150 – 360 Euro. Begleitende Preiskontrollen sichern, dass diese Entlastung auch bei den Konsumenten ankommt.

Viertens: die Abschaffung der Studiengebühren bringt für über 200.000 Studierende an den Universitäten eine Entlastung von 363 Euro pro Semester, also pro Jahr von 726 Euro.

Fünftens: Verlängerung der Hacklerregelung bis 2013, diese betrifft 55.000 Personen.

Das sind klare Maßnahmen, die jetzt umsetzbar sind und noch vor der Wahl beschlossen werden können und den Erwartungen der Menschen entsprechen.

**ÖVP:** Was die Teuerung betrifft, so muss diese abgefedert werden. Die ÖVP hat ein Paket geschnürt, das konkrete Schritte für jene Bevölkerungsgruppen enthält, die von der starken Teuerung besonders betroffen sind. Abgedeckt werden die wichtigsten Bereiche des Lebens: die Familienunterstützung, die Mobilität, die Pflege, Pensionen.

Das Paket umfasst unter anderem:

- Eine 13. Familienbeihilfe für alle Kinder und Jugendliche in Ausbildung jedes Jahr
- Eine Erhöhung der Pflegeförderung und die faire, gerechte Erhöhung des Pflegegeldes
- Ein Österreich Ticket, das zu einem attraktiven Fixpreis freie Fahrt auf allen Öffis bietet
- Die vorgezogene Wertanpassung der Pensionen zur Sicherung der Kaufkraft

Im Bereich der Energiekosten, setzen wir auf mehr Wettbewerb. Die

Bundeswettbewerbsbehörde ist schon erfolgreich bei den Tankstellen eingeschritten und soll auch weiterhin die sensiblen Bereiche untersuchen und überwachen. Weiters setzen wir uns international für eine Spekulationssteuer ein, damit Spekulationen, die für die hohen Preise verantwortlich sind, eingedämmt werden.

**BZÖ:** Das BZÖ ist der Ansicht „Genug ist Genug! Preisstopp jetzt!“ und fordert 10 Maßnahmen gegen die Teuerung und für einen Preisstopp. So wollen wir sicherstellen, dass das Leben wieder leistbar wird.

Wir fordern dafür einen amtlichen Preisstopp und eine Preisregelung für Diesel und Benzin, die Senkung der Mineralölsteuer, die Rücknahme der Steuererhöhung auf Heizöl, die Halbierung der Steuern auf Lebensmittel, Mieten und Medikamente, einen Teuerungsausgleich nach Kärntner Vorbild, Billigdieseltankstellen nach Kärntner Vorbild, Steuerentlastungen für den Mittelstand, gerechte Pensionserhöhungen, eine „Robin Hood-Steuer“ für Mineralölkonzerne und keine Erhöhung des Gas- und Strompreises.

Weiters darf ich mir den Hinweis erlauben, dass ich in Kärnten vorgemacht habe, dass es möglich ist, die Bürger zu entlasten, wenn es notwendig ist. So habe ich einen

Teuerungsausgleich in Höhe von 200 Euro eingeführt, von dem rund 45.000 Kärntnerinnen und Kärntner profitieren und die Landestankstellen geöffnet, so dass jeder Autofahrer durchschnittlich 5 Euro pro Tankfüllung spart.

**Grüne:** Neben dem Ausstieg aus nichterneuerbare Energieträgern als Hauptursache für die Inflation: Senkung des Einkommenssteuersatzes auf höchstens 33%; Erhöhung der Negativsteuer, des Ausgleichszulagenrichtsatzes, der Ersatzrate beim Arbeitslosengeld auf zumindest 60%. Abschaffung der Kindergartenbeiträge, Halbierung der Preise im öffentlichen Verkehr; Mindestlohn von zumindest € 7,25 pro Stunde (brutto).

**LIF:** Die Teuerung muss primär verkräftbar gemacht werden, da sie zu 2/3 nicht hausgemacht ist. Dies wird durch eine faire liberale Steuerreform, welche 1 Mio Menschen zusätzlich aus der Steuerpflicht befreit, und insbesondere die Klein- und Mittelverdiener (bis 4.000 € brutto/Monat) entlastet, erfolgen.

**FPÖ:** Wir wollen die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel halbieren und dort amtliche Preisregelungen vorsehen, wo sich Konzerne auf Kosten der Bürger massiv bereichern.

**KPÖ:** Teuerungsausgleich, gesetzlicher Mindestlohn, amtliche Preisregelungen, Sozialleistungen valorisieren, Tarifierhöhungen stoppen, Energiegrundsicherung

**ÖGB und AK fordern eine massive und sofortige Lohnsteuerentlastung, die vor allem den Beziehern kleiner und mittlerer Einkommen hilft. Wie stehen Sie dazu?**

**SPÖ:** Hier wollen wir mit dem Vorziehen der Steuerreform auf 2009 helfen, damit würden Haushalte mit rund 500 Euro pro Jahr entlastet werden. Das ist beispielsweise durch eine Tarifsenkung bei der Lohnsteuer möglich und unserer Meinung nach angesichts des schwächer werdenden Wirtschaftswachstums und der Rekordinflation dringend notwendig. Die Kaufkraft der Bezieherinnen und Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen wird dadurch gestärkt und Menschen können ihren alltäglichen Versorgungsbedürfnissen wieder besser nachkommen. Diese Reform kann durch die Mehreinnahmen im Budget finanziert werden und ist als Investition zu sehen, denn die höheren Budgets der Familien fließen wieder durch Einkäufe und Dienstleistungen zurück in unseren Wirtschaftskreislauf und stärken damit auch unsere Betriebe. Es hilft nicht über die schwächere Konjunktur zu reden, wir müssen jetzt reagieren.

**ÖVP:** Für kleine Einkommen hat die ÖVP in der letzten Legislaturperiode die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gestrichen. Das bringt eine Entlastung von bis zu 420 Euro jährlich. Weiters bekommen Pendler/innen mit geringem Einkommen jetzt über den Pendlerzuschlag direkt Geld zurück.

Alle Personen, die derzeit Steuer bezahlen (rund 2,55 Mio. Arbeitnehmer und Pensionisten unterliegen schon derzeit nicht mehr der Steuerpflicht) müssen entlastet werden. Das heißt alle arbeitenden Menschen in Österreich, egal ob Angestellte, Selbständige, Freiberufler/innen, freie Dienstnehmer/innen oder Gewerbetreibende etc. Dabei darf es keine Verlierer/innen geben. Die ÖVP steht zu ihrem Wort, im Jahr 2010 eine weitere Steuerentlastung mit dem Ziel fairer und gerechter Steuern umzusetzen. Es ist wichtig, an diesem Zeitpunkt festzuhalten und keine neuen Schulden zu machen, denn die Schulden von heute sind die Steuern von morgen.

Finanzminister und Vizekanzler Molterer hat vor einigen Wochen ein großes Anti-Inflationspaket auf den Tisch gelegt, das die Menschen treffsicher dort entlastet, wo sie Unterstützung brauchen, vor allem die kleinen Einkommen. Mit Auszahlung einer 13. Familienbeihilfe für alle Familien mit Kindern in Ausbildung, mit einem Gratis-Kindergartenjahr und der steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten. Mit einer vorgezogenen Pensionsanhebung schon im November für alle Pensionisten und mit einer großen Initiative im Bereich der Pflege und Betreuung. Mit der bereits umgesetzten Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, der Anhebung von Pendlerpauschalen und Kilometer-Geld sowie der Senkung der Arbeitslosenversicherung für niedrige Einkommen sprechen wir von insgesamt 1,4 Mrd. Euro Entlastungsvolumen.

**BZÖ:** Als steuerliche Sofortmaßnahme fordert das BZÖ, die Steuertarifgrenzen anzuheben, so dass bei dem 23-prozentigen Steuersatz die Einkommensgrenze auf 35.000 Euro, bei dem 33,5-prozentigen Steuersatz die Einkommensgrenze auf 75.000 Euro angehoben und erst ab 75.000 Euro der Höchststeuersatz von 50 Prozent angewendet wird. Das würde bedeuten, dass 1,6 Millionen Einkommensbezieher mit einem Betrag von durchschnittlich 765 Euro pro Jahr entlastet werden. Dadurch würden wir die Kaufkraft stärken und den Konjunkturmotor dauerhaft ankurbeln.

Als langfristige steuerliche Maßnahme fordert das BZÖ die Einführung der „Flat Tax“, also einen einheitlichen Steuersatz mit hohem Freibetrag. Andere EU-Mitgliedstaaten haben bereits mit in einer Bandbreite von 19 bis 25 Prozent des Steuersatzes große Erfolge erzielt. Dadurch wird insbesondere erreicht, dass mehr soziale Gerechtigkeit gewährleistet wird, da bei der „Flat Tax“ im Gegensatz zum jetzigen Steuersystem niedrige Einkommen tatsächlich nicht höher belastet werden als hohe und höchste Einkommen.

Insgesamt bedeutet die Umsetzung der BZÖ-Vorschläge eine massive Entlastung der Bürger sowie eine radikale Vereinfachung des Steuersystems.

**Grüne:** Die Grünen unterstützen diese Forderung uneingeschränkt.

**LIF:** Dies ist zu 100% das Ziel der liberalen Steuerreform.

**FPÖ:** Noch nie haben die Österreicher so viel an Lohnsteuern bezahlt. Die Reallöhne drohen zu sinken. Daher ist eine Entlastung ein Gebot der Stunde.

**KPÖ:** Mittlere Einkommen entlasten, höhere Negativsteuer, Mehrwertsteuer auf Mieten, Tarife und Medikamente abschaffen, höhere Steuern auf Kapital und Vermögen

***Der Ausverkauf von Infrastrukturdienstleistern – Stichwort AUA – kann für die Beschäftigten und den Wirtschaftsstandort weitreichende Auswirkungen haben. Wie sehen Sie die Entwicklungen der Eigentümerstrukturen für die Österreichische Post, Telekom Austria, mobilkom austria und Postbus?***

**SPÖ:** Wir müssen immer unseren Wirtschaftsstandort und die hier beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Blickfeld haben. Die ÖVP hat seit 2000 zahlreiche Privatisierungen eingeleitet, um die Verantwortung abgeben zu können. Für uns geht es immer darum, was für den Betrieb sinnvoll ist, strategische Leitbetriebe müssen hier einer ganz besonderen Prüfung unterzogen werden, insbesondere dort, wo es um Daseinsvorsorge und Grundversorgung geht. Wir haben bei der AUA gezeigt, dass es wichtig ist, österreichische Interessen klar zu verankern. Wir werden unter keinen Umständen einen Ausverkauf zulassen, sondern wir fordern intelligente Lösungsmodelle, die sich auch der Herausforderung stellen, wie beispielsweise neue Vertriebskooperationen bei den Postfilialen oder klare Investitionsstrategien im Festnetzbereich.

**ÖVP:** Der Staat ist nicht der geeignete Eigentümer von Unternehmen. Das hat sich auch in Österreich gezeigt: In der früheren Verstaatlichten Industrie sind 50.000 Arbeitsplätze verlorengegangen. Noch im Jahr 2000 hat die ÖIAG 6,3 Mrd. Euro Schulden für diese Pleiten zu tragen, für die die Steuerzahler/innen die Haftung übernommen hatten.

Durch die maßvolle Privatisierungspolitik der ÖVP ist die ÖIAG heute schuldenfrei, der Marktwert der bei der ÖIAG verbliebenen Unternehmensanteile (ausschließlich Infrastrukturunternehmen) ist heute mit über 8 Mrd. Euro fast doppelt so hoch wie vor den jüngsten Privatisierungen und die ehemals Verstaatlichten Industrieunternehmen wie austriamicrosystems, AT&S, Telekom Austria, OMV, voestalpine oder Böhler-Uddeholm sind heute prosperierende, international aufgestellte Unternehmen.

**BZÖ:** Während unserer Regierungsbeteiligung ist es gelungen, eine bewusste Abkehr von jener sozialistischen Verstaatlichtenpolitik zu vollziehen, die es einerseits zuließ, dass Milliarden an Steuergeldern in die verstaatlichten Industriebetriebe flossen, andererseits aber den Verlust von zigtausenden Arbeitsplätzen zu verantworten hatte. Durch diese neue Ausrichtung der Privatisierungspolitik konnte der Schuldenstand der ÖIAG während unserer Regierungsbeteiligung auf Null reduziert werden. Im Mittelpunkt unserer Privatisierungspolitik stand und steht der Erhalt der von den entsprechenden Privatisierungen betroffenen Arbeitsplätze und damit die soziale und finanzielle Absicherung von Tausenden Österreicherinnen und Österreichern. Daher muss auch die Aufrechterhaltung der Entscheidungszentralen zu privatisierender Unternehmungen in Österreich sowie die Beibehaltung einer Sperrminorität durch eine österreichische Kernaktionärsstruktur höchste Priorität haben.

**Grüne:** Die Versorgung der Menschen mit öffentlichen Dienstleistungen muss gesichert sein. Dies geschieht am besten, wenn die Versorgung über die öffentliche Hand erfolgt.

**LIF:** Es soll keinesfalls eine apodiktische Zwangsprivatisierung geben. Dort wo jedoch der Staat nicht mehr im Stande ist, gerade die angesprochenen wirtschaftlichen und dadurch beschäftigungssichernden Aufgaben zu erfüllen, muss über Alternativen in Form von Privatisierungen nachgedacht werden. Selbstverständlich kann dies jedoch nur unter kontrollierenden Rahmenbedingungen erfolgen.

**FPÖ:** Es ist unverantwortlich, Betriebe billig zu verschleudern und dann über den Staat die Kosten für das Heer neuer Arbeitsloser zu bezahlen. Zumindest eine Sperrminorität ist zu halten.

**KPÖ:** „Was alle brauchen muss auch allen gehören“ – die öffentliche Infrastruktur muss im öffentlichen Eigentum bleiben, damit Politik gestalten kann

**Anfang 2011 steht die vollständige Liberalisierung des Briefmarktes bevor. Welche regulatorischen Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht notwendig, sodass für die ÖsterreicherInnen die flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen sichergestellt wird?**

**SPÖ:** Das Spielfeld der Liberalisierung muss mit dem neuen Postgesetz klar definiert werden, das geht über den Universaldienst hinaus. Meine Meinung zum Postmanagement habe ich in den letzten Tagen klar geäußert. Ich bin der Ansicht, dass hoch bezahlte Manager die Aufgabe haben, zu überlegen, wie man die Stärke der Post, die Stärken des Filialnetzes besser nutzen kann. Schließen ist immer die einfachste Lösung.

**ÖVP:** Eine gute und flächendeckende Versorgung muss auf alle Fälle gewährleistet bleiben. Deshalb wurde mit 2008 der Postregulator in der RTR eingerichtet, der nach der Liberalisierung eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Wettbewerbsvielfalt spielen wird. In der Universaldienstverordnung haben wir festgelegt:

– Die Erbringung des Universaldienstes darf durch die Schließung einer Postfiliale nicht gefährdet werden

– Postamtsschließung nur als letzte Konsequenz, wenn alle alternativen Lösungen ausgeschlossen sind.

Wichtig bei der festgelegten Zustellgarantie für alle Regionen Österreichs (=Universaldienst) wird sein, dass rasch ein Kostenausgleichsmodell entwickelt wird, dass zusätzliche Kosten für Postdienstleistungen in ländlichen Regionen neutralisiert. Nur wenn die Briefzustellung ins Hinterland für Post-Dienstleister/innen gleich attraktiv ist wie in der Stadt, werden wir von der Liberalisierung profitieren.

**BZÖ:** Die optimale Versorgung der Bevölkerung mit Postdienstleistungen und die Erhaltung der Infrastruktur im ländlichen Raum muss auch mit der Postliberalisierung gewährleistet werden. Postdienstleister müssen verpflichtet werden der Bevölkerung ständig Postdienstleistungen flächendeckend in entsprechender Qualität zur Verfügung zu stellen.

**Grüne:** Die Grünen fordern (seit Jahren!) eine wirksamere Universaldienstverordnung des zuständigen Verkehrsministers, die flächendeckende Versorgung mit klaren Standards und wirksamen Sanktionen sichert und alle Marktteilnehmer in die Finanzierung einbezieht.

**LIF:** Wir auch immer das Ergebnis der endgültigen Postliberalisierung aussehen wird, klar ist, dass die flächendeckende Versorgung der einschlägigen Leistungen nicht nur durch rechtliche, sondern auch durch tatsächliche, serviceorientierte Rahmenbedingungen gewährleistet sein muss.

**FPÖ:** Hier wird es notwendig sein, einen Ausgleichsfonds zu schaffen. Es darf nicht sein, dass private Anbieter in Ballungszentren hohe Gewinne machen und die Post durch die teurere Zustellung im ländlichen Raum ungerechterweise zusätzlich unter Druck gerät.

**KPÖ:** Liberalisierung ist die Vorstufe für Privatisierung, daher lehnt die KPÖ die (mit Zustimmung Österreichs zustande gekommenen) Vorgaben der EU entschieden ab

***Die ÖIAG hat geplant, Beamte unter Beschneidung ihrer Rechte aus den Unternehmen auszulagern. Wie sehen Sie die Zukunft bestehender Beamten-Dienstverhältnisse?***

**SPÖ:** Die derzeit vorgeschlagenen und diskutierten Modelle stellen keine Lösung dar, wir müssen diese Diskussion in einer sozialpartnerschaftlichen Tradition führen. Es geht schließlich darum, die Interessen des österreichischen Wirtschaftsstandorts und der Mitarbeiter zu wahren. Wir haben aus der Diskussion rund um die AUA gelernt, dass wir rechtzeitig nachdenken müssen.

**ÖVP:** Unserer Kenntnis nach wird bei den von ihnen angesprochenen - noch nicht vorliegenden Konzepten - nicht in erworbene Rechte der Beamten eingegriffen. Entscheidungsreife Grundlagen liegen noch nicht vor.

**BZÖ:** Fehlende Strategien der Manager können auch mit einer Beamtenentsorgungsaktion auf Kosten der Steuerzahler nicht gelöst werden. Ein modernes Dienstrecht für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst muss geschaffen werden. Um eine bürgernahe und leistungsfähige Verwaltung zu schaffen muss ein attraktives und faires Dienstrecht umgesetzt werden.

**Grüne:** Der BeamInnenstatus ist dort von Bedeutung, wo Leistungen für die Öffentlichkeit erbracht werden und kein vergleichbarer anderer Arbeitgeber vorhanden ist. Die Grünen halten die Ausgliederung von BeamInnen für eine völlig kontraproduktive Maßnahme, die Kompetenz vernichtet und die Qualität der Leistungen verringert.

**LIF:** In bestehende Verhältnisse einzugreifen, wird dem geltenden Vertrauensschutz in keinsten Weise gerecht. Dort wo Umstrukturierungen die einzige Möglichkeit darstellen, um die Arbeitsplätze überhaupt zu erhalten, müssen die üblichen arbeitsrechtlichen Überleitungsregeln zu verhältnismäßigen Vertragsübernahmen führen.

**FPÖ:** In bestehende Verhältnisse soll nicht eingegriffen werden. Das ist eine Frage der Richtssicherheit.

**KPÖ:** Personalabbau bei Post, Telekom usw. ist die Kehrseite hoher Dividenden, Privatisierung erhöht den Arbeitsdruck und verschlechtert die Versorgung.

**Welche nachhaltigen Maßnahmen zur Sicherung eines fairen und stabilen Pensionssystems sind für Sie vorstellbar?**

**SPÖ:** Die Pensionsautomatik wird es mit uns nicht geben, das haben wir klargestellt. Eine Formel kann nicht als absolute Entscheidungsgrundlage für das Wohlergehen vieler Menschen, die sich nach lebenslanger Arbeit ihre Pension verdient haben, herangezogen werden. Die Sozialdemokratie bekennt sich zum staatlichen Pensionssystem. Das Vertrauen der Menschen in dieses System ist durch die Politik der letzten Jahre nachhaltig beschädigt, wir müssen dieses Vertrauen wieder herstellen.

Wir haben hier die Linie klar vorgegeben – in der Zeit der Schwarz-Blauen Regierung haben die Pensionistinnen und Pensionisten einen Kaufkraftverlust in der Höhe von 10% nach dem Verbraucherpreisindex erfahren. Die letzte, kräftige Erhöhung wurde durch die Teuerung beinahe geschluckt.

Eine vorgezogene Pensionserhöhung muss deshalb im November 2008 erfolgen und die starke Teuerung berücksichtigen. Darüber hinaus muss mit 45/40 Beitragsjahren – im Rahmen der „Hacklerregelung“ - ein Pensionsantritt abschlagsfrei bis zum Jahr 2013 möglich sein. Wir unterstützen auch die Forderung, wonach eine Erhöhung für neue Pensionisten auch im ersten Jahr wirksam wird – davon profitieren rund 100.000 Menschen.

**ÖVP:** Die ÖVP hat die Sicherung der heutigen wie auch der zukünftigen Pensionen versprochen und auch umgesetzt. Vizekanzler Wilhelm Molterer hat es so ausgedrückt: „In der ÖVP muss jeder so Politik machen, dass er oder sie auch unseren Kindern und Enkeln noch in die Augen schauen kann.“

Aber auch der zweite Teil, nämlich mehr Gerechtigkeit im Pensionssystem, wurde eingelöst: Mit der Pensionsharmonisierung wurde ein gerechtes, faires, solidarisches und leistbares Pensionssystem für alle geschaffen.

Vizekanzler Wilhelm Molterer und Arbeitsminister Martin Bartenstein haben Ende Mai dieses Jahres ein Gesamtpaket zur langfristigen Sicherung der Pensionen vorgestellt, dem zunächst auch die SPÖ zugestimmt hat. Aufgrund sehr kurzsichtiger Motive wurde diese Zustimmung seitens der SPÖ allerdings wieder zurückgezogen.

Dieses Pensionspaket hält die richtige Balance – zwischen wohlverdientem Ruhestand für Menschen mit besonders langen Versicherungszeiten und der nachhaltigen Sicherung der Pensionen für die kommenden Generationen.

– Damit die Pensionen auch für unsere Kinder und Enkelkinder gesichert sind Wir wollen am eingeschlagenen Weg der nachhaltigen Pensionssicherheit und Generationengerechtigkeit festhalten.

– Wir wollen ein faires, nachhaltiges und sicheres Pensionssystem als homogenes Gesamtsystem.

– Wir wollen ein Nachhaltigkeits- und Pensionssicherungssystem das erforderliche Anpassungen automatisch kontinuierlich berücksichtigt und künftig große Pensionsreformen bzw. Reformnotwendigkeiten vermeidet („Pensionsgarantie“) das schafft gerade auch auf lange Sicht und für jüngere und ältere Menschen Vertrauen und Verlässlichkeit („Enkeltauglichkeit“).

– Im Paket mit der Umsetzung des Mechanismus zur Sicherung der Pensionen soll auch die sog. „Hacklerregelung“ bis 31.12.2013 verlängert werden.

**BZÖ:** Den begonnenen Umbau des Pensionssystems in Richtung eines 3-Säulen-Modells aus staatlicher Pension, betrieblicher Pension und „Abfertigung Neu“ sowie privater Vorsorge, müssen wir – nicht zuletzt um Pensionsgerechtigkeit herzustellen und die Finanzierbarkeit auch in Zukunft zu gewährleisten – diesen Weg auch in der Zukunft fortsetzen.

**Grüne:** Die Grünen haben ein eigenes Pensionsmodell vorgelegt, das auf einer aus Steuermittel finanzierten Grundpension aufbaut und durch eine Pension aus Beitragsleistungen ergänzt wird. Beide Pensionsteile sind durch die Höchstpension begrenzt. Da eine diesbezügliche Umstellung eine Übergangsfrist braucht, sind bestehende Ungerechtigkeiten im bestehenden System zu verändern: Die Grünen unterstützen die Verlängerung der Regelung für Langzeitversicherte sowie die Anerkennung von Krankenstandszeiten. Einen Pensionsautomatismus lehnen die Grünen unter allen Umständen ab.

**LIF:** Durch die Einführung einer liberalen Grundsicherung, welche im jetzigen Pensionsalter zur „Grundpension“ wird, bleibt der staatliche Anteil an der Pension aufrecht und erhalten. Daneben müssen aufgrund der demographischen Entwicklung jedwede Elemente der Eigenvorsorge unterstützt und gefördert werden. In bestehende Pensionen wird jedoch keinesfalls eingegriffen werden! Einen obligatorischen Umstieg in das System der Grundsicherung sieht das liberale Modell nur für die jetzt unter 30 Jährigen vor.

**FPÖ:** Wir sind für das Umlagesystem und das Drei-Säulen Modell. Die Pensionen sind jährlich nach dem Pensionistenpreisindex zu erhöhen.

**KPÖ:** Sicherstellung der Finanzierungsgrundlage durch höhere Einkommen, eine Wertschöpfungsabgabe, Einhaltung der Drittelfinanzierung durch den Staat

### **Wie möchten Sie in Zukunft die soziale Sicherheit – Stichwort Gesundheitsreform – sicherstellen?**

**SPÖ:** Wir halten am System der Pflichtversicherung mit freiem Zugang zu allen Gesundheitsleistungen fest. Wir stehen zu für selbstverwalteten Krankenkassen, da diese kostengünstig und versichertennah agieren. Unser Hauptziel bleibt, dass gesund sein nicht zum Privileg wohlhabender Menschen wird. Das Gesundheitssystem soll für jeden leistbar bleiben. Das Gesundheitssystem soll eine breite Gesundheitsversorgung durch niedergelassene Ärzte anbieten können, sowie jedem qualitativ hochwertige Pflege zugänglich machen, unabhängig von der Brieftasche. Ohne die Sicherung unseres Gesundheitssystems würde das einzelne Familien mit durchschnittlichem Einkommen durch private Kranken-, Pflege- und Pensionsversicherungen das halbe Haushaltseinkommen kosten. Wir wollen das solidarische Grundprinzip im Gesundheitssystem beibehalten. Wir lehnen die Privatisierung und rein kommerzielle Anbieter in diesem wichtigen Bereich der Vorsorge ab. Wir müssen Effizienzen heben, wo es Doppelgleisigkeiten gibt, die Prävention und Gesundheitsförderung ausbauen und die Versorgung verbessern. Ziel muss der freie Zugang zu Spitzenmedizin für die gesamte Bevölkerung sein und kein Weg in eine "Zwei-Klassen-Medizin".

**ÖVP:** Warum ist eine Reform des österreichischen Gesundheitswesens notwendig? Wir investieren die gewaltige Summe von fast 26 Mrd. Euro, umgerechnet also 358 Mrd. Schilling in unser hervorragendes Gesundheitswesen. Viele europa- und weltweite Studien bestätigen, dass das österreichische Gesundheitssystem eine absolute Führungsposition einnimmt. Laut der neuesten EHCI-Studie liegt Österreich unangefochten auf Platz 1, sowohl bei Patientenfreundlichkeit als auch beim schnellen und gleichen Zugang zu medizinischer Versorgung. Unabhängig von Alter, sozialer Stellung oder Einkommen bekommt JEDER Mensch in Österreich die gleiche hochstehende Versorgung. Dieses hervorragende Gesundheitssystem wäre jedoch ohne die notwendigen Maßnahmen für die zukünftigen Generationen nicht gesichert. Daher haben die Sozialpartner im April ein umfangreiches und dennoch maßvolles Finanzierungskonzept vorgelegt, wonach alle Akteure im Gesundheitsbereich – mit

Ausnahme der Patientinnen und Patienten – einen entsprechenden Beitrag leisten müssen. Die Maßnahmen sind von den folgenden Leitlinien getragen:

- Keine Verschlechterung der Leistungen für Patientinnen und Patienten
- Keine Erhöhung der Selbstbehalte
- Keine Erhöhung der Beiträge, damit Einkommen nicht geschmälert werden
- Kein Eingriff in bestehende Verträge
- Weiterbestehen der Rolle der Ärztinnen und Ärzte als Sozialpartner für Gesamtvertrag
- Dämpfung des überproportionalen Anstieges der Gesundheitskosten
- Stärkung der Selbstverwaltung durch Zielsteuerung und Autonomie

Entscheidend ist für die Österreichische Volkspartei letztlich ein Punkt: Die Qualität der Behandlung muss weiterhin top bleiben. Jeder kann jederzeit zum Arzt gehen, jeder bekommt jene Medikation, die er braucht und jeder kann sich auch in Zukunft darauf verlassen.

**BZÖ:** Jeder Österreicher hat ein Recht auf die bestmögliche Gesundheitsversorgung. Damit die Beitragszahler und Patienten nicht belastet werden muss am Gesundheitssystem gespart werden und nicht am Patienten. Dass BZÖ fordert daher die Zusammenlegung der über 20 Krankenversicherungsträger und eine einheitliche Krankenversorgung mit gleichen Leistungen und Kosten.

**Grüne:** Abdeckung der Schulden aus dem Budget; Finanzierung aus einer Hand (inkl. Landesspitäler etc.) durch den Hauptverband. Versichertenwahlen. Schließung von Versorgungslücken (Palliativmedizin und Prävention und Rehabilitation, PhysiotherapeutInnen, PsychotherapeutInnen, Pflege- und Betreuungsleistungen)

**LIF:** Durch eine umfassende, bundesweit einheitliche, und nachhaltige Gesundheitsreform, welche eine Zusammenlegung aller Sozialversicherungsträger sowie die mittelfristige Zusammenführung von Steuer- und Sozialversicherungssystem beinhaltet, wodurch zukünftig der Gesundheitsbereich auch (mit-) steuerfinanziert werden kann.

**FPÖ:** Durch eine Finanzierung von Pflege und Gesundheit aus einem Topf. Die Konkurrenzierung der Leistungsträger ist zu beenden. Hier versichert Jahr für Jahr ein Betrag von drei Milliarden Euro.

**KPÖ:** Kostenloser Zugang zum Gesundheitswesen für alle, Abschaffung der Selbstbehalte, Wertschöpfungsabgabe und Sicherstellung der Bundeszuschüsse

***Immer mehr Österreicher/innen sehen die EU als Union der Wirtschaftsinteressen. Wie kann diese Skepsis korrigiert und wieder Vertrauen hergestellt werden?***

**SPÖ:** Die Debatten rund um den Vertrag von Lissabon haben gezeigt, dass quer durch die Europäische Union die Skepsis gegenüber der EU wächst. Diese Warnsignale der Bevölkerung ernst zu nehmen, ist aus Sicht der SPÖ ein Auftrag an die Politik, um das Projekt der europäischen Integration als solches nicht zu gefährden. Für die SPÖ ist ein soziales und bürgernahes Europa das zentrale Zukunftsprojekt: Die Europäische Union muss zur Stärkung und Weiterentwicklung der Grundlagen des europäischen Sozialmodells beitragen, indem der Beschäftigung, den Rechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dem nachhaltigen Infrastrukturausbau, der Bildung, Forschung und Entwicklung sowie der Altersdiskriminierung verstärkte Priorität eingeräumt wird.

Die Bevölkerung aus der Meinungsbildung auszuschließen, nur weil man Angst hat, dass sie bei Abstimmungen Nein sagen könnte, das halte ich für falsch. Mit Hochglanzbroschüren allein

wird man die Europa-Skepsis nicht bekämpfen können. Da braucht es schon einen ernsthafteren Dialog.

Deshalb kann man für Europa sein und darf trotzdem kritisch und auch für eine Volksabstimmung sein. Wir wissen, dass sich Europa zu einer Sozialunion mit hohen Standards entwickeln muss, dass die Liberalisierung nicht die Antwort auf alle Fragen sein wird und es Entwicklungen gibt, wie in der Transitfrage, die gute Antworten erfordern und unsere Stimme gehört werden muss. Die Rolle der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss betont werden. Österreich hat eine beispielgebende Volkswirtschaft und wir müssen unsere Funktion des Brückenbauens, des offenen Dialogs und der wirtschaftlichen Nischen- und Qualitätsorientierung auf höchstem Niveau weiter konsequent fortsetzen.

Die EU muss im Kampf gegen die Teuerung und die Auswirkungen der Finanzmarktkrise ihre Handlungsfähigkeit beweisen. Nur wenn es gelingt den Schwerpunkt der Politik besser zu verlagern und die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, wird es möglich sein, das Vertrauen der Menschen in das europäische Projekt zurück zu gewinnen.

**ÖVP:** In ihrem 50-jährigen Bestehen hat die Europäische Union viel erreicht. Sie hat für Frieden und Wohlstand in Europa gesorgt, eine einheitliche europäische Währung und einen Binnenmarkt geschaffen, der ohne Grenzen und Schranken für Menschen und Dienstleistungen, für Waren und Kapital auskommen.

Europa geht jeden von uns an, Europa braucht jeden von uns. Und wir brauchen überzeugte Europapolitiker/innen auf allen Ebenen. Die ÖVP ist die österreichische Europa-Partei. Die ÖVP hat die besten und anerkanntesten Europapolitiker/innen Österreichs: von Alois Mock über Wolfgang Schüssel bis hin zu Ursula Plassnik. Ein bürgernahes Europa ist eine sich laufend ändernde und verbessernde Gemeinschaft. Deshalb arbeitet die Österreichische Volkspartei für ein starkes Österreich in Europa:

- Jedes Mitglied der Bundesregierung soll die Erfolge der österreichischen EUMitgliedschaft im jeweiligen Arbeitsbereich aktiv und regelmäßig.
- Interessensverbände sollen regelmäßig über die vielfältigen Vorteile und Chancen informieren, die Europa seinen Bürgern und den Mitgliedern der Verbände bringt.
- Mandatare der Regierungsparteien auf allen Ebenen sollen sich als Multiplikatoren für ein positives Europabild einzusetzen. Dabei geht es keineswegs um ein unkritisches Europabild, aber um ein realistisches und unverzerrtes Bild der EU.
- Die Zusammenarbeit der Bundesregierung mit Ländern und Gemeinden wird in Europafragen weiter intensiviert.
- Wir wollen besser zeigen, wo überall Europa drinnen steckt: So arbeiten wir an einem Rahmen für eine klarere Ausschilderung von EU-Förderungen in Österreich.

**BZÖ:** Die Europäische Union ist für viele Bürger kompliziert, undurchschaubar und zu zentralistisch. Mehr Bürgernähe, erhöhte Transparenz, gelebte Subsidiarität sowie Schritte gegen das bestehende Demokratiedefizit sind ein Gebot der Stunde, um so längerfristig wieder das Vertrauen der Bürger in die Idee "Europa" zu gewinnen. Es ist daher erforderlich, den bestehenden Rechtsbestand sowie die Strukturen und Mechanismen der Union auch generell zu überdenken und neue Formen der Integration zu entwickeln.

**Grüne:** Die Grünen fordern angesichts der wachsenden Vertrauenskrise der Bevölkerung einen europäischen Vertrag der Bürgerinnen und Bürger, den „European Act for Democracy“, der die Rechte der europäischen Bürgerinnen und Bürger erweitert, die Charta der Grundrechte, die Ziele und Werte der Union, das europäische Volksbegehren, die Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments, die Kontrollrechte des EuGH und die Öffentlichkeit der Gesetzgebung beinhaltet.

**LIF:** Richtig ist, dass insbesondere eine verfehlte Informationspolitik sowie mangelnde, Aufklärung und Transparenz zu einer EU-Skepsis geführt haben. Diese ist ernst zu nehmen und hieraus der Auftrag abzuleiten, zukünftig die EU als das zu präsentieren, was es eigentlich immer war und sein soll, das größte Friedens- und Zukunftsprojekt nach dem 2.

Weltkrieg, welches in Europa je entstanden ist. Auch die Forcierung europäischer direkter Demokratie kann und wird das Gefühl „von der EU bestimmt zu werden“ in ein Gefühl „die EU mitzubestimmen“ ändern.

**FPÖ:** Diese Skepsis ist berechtigt. Globale Konzerne unterhalten in Brüssel riesige Büros, die ausschließlich Lobbyismus für die Industrie betreiben, um ihre Interessen durchzusetzen – offenbar mit Erfolg.

**KPÖ:** Ein soziales, demokratisches, ökologisches und friedliches Europa, über wichtige Fragen wie den EU-Vertrag müssen die Menschen entscheiden können.

#### **Nach Redaktionsschluss eingelangt:**

**Liste Dinkhauser:** Wir treten für Gerechtigkeit ein. Einer der größten Preistreiber sind Gebühren und Tarife. Wenn es die Politik ernst meinen würde, dann müssten sich Gemeinden, Länder und der Staat bei den Gebühren und Tarifen zurücknehmen. Stattdessen versprechen die Politiker milliardenschwere Anti-Teuerungspakete. Aber was davon wird umgesetzt?

**Liste Dinkhauser:** Die Frage der Steuergerechtigkeit ist eine entscheidende Frage. Arbeit muss billiger werden, arbeitsloses Einkommen muss stärker besteuert werden. Die schwarz-rote Regierung hat die Vermögenssteuer abgeschafft! Da ist die Frage, wo kommt das Geld her?

**Liste Dinkhauser:** Ich befürchte Schlimmstes! Der AUA Verkauf ist ein Verbrechen am Volk. Da wird das Vermögen der Bürger vor Wahlen eiligst verschleudert. Bei der Post droht dasselbe. Schon jetzt werden dort Mitarbeiter ausgelagert und zum Untätig-Sein angehalten. Das ist menschenverachtend!

**Liste Dinkhauser:** Die Liberalisierung darf keine Dumping- und Mc Job Welle über Österreich schwappen lassen. Ein Branchenkollektivvertrag kann das verhindern. Er bedeutet gleichen Lohn für gleiche Arbeit – auch für private Anbieter. Private dürfen sich nicht die Rosinen herauspicken, sondern sie müssen auch Regionen bedienen, wo es nichts zu verdienen gibt, wie das die Post ja auch macht.

**Liste Dinkhauser:** Es ist ein Wahnsinn wenn man bei der Post 800 Leute in Job Centern hält wie „Hühner in Legebatterien“. Die Kosten sind enorm, Produktives dürfen die Leute nichts machen. Manche sind schon vier Jahre dort. Wir brauchen auch weiterhin Beamte!

**Liste Dinkhauser:** Alle Maßnahmen, die mehr Gerechtigkeit bringen! Es kann nicht sein, dass die Pensionisten von Jahr zu Jahr weniger im Geldbörstel haben. Da muss der Staat für einen Ausgleich sorgen und nicht vor Wahlen Almosen verteilen.

**Liste Dinkhauser:** Die Leute müssen die freie Arztwahl haben. Und sie haben sich den Zugang zur modernsten und besten Medizin verdient. Ich bin da entschieden gegen neue Selbstbehalte und gegen Beitragserhöhungen. Stattdessen fordere ich die ausstehenden Gelder aus der Wirtschaft ein – das sollen ja angeblich über 900 Millionen Euro sein.

**Liste Dinkhauser:** Natürlich gibt es in der EU viele Probleme. Das dürfen wir nicht verschweigen. Aber die EU dürfen wir nicht nur als Wirtschaftsgemeinschaft sehen. Das ist ein riesiges Friedensprojekt, das ist ganz wichtig! Das muss man den Leuten sagen. Aber die Politik schiebt ja lieber die Schuld nach Brüssel um vom eigenen Versagen abzulenken.